

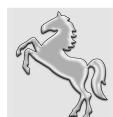
Dieter Althaus

**Wirtschaft, Bildung und Familie.
Politik auf klarem Wertefundament**

31

Rechtspolitik in der Diskussion

LACDJ
Landesarbeitskreis
Christlich-Demokratischer Juristen



CDU

Redaktion dieses Heftes:
Rechtsanwalt Lothar C. Rilinger, Hannover

Herausgegeben von der CDU in Niedersachsen
VI/2007

Dieter Althaus

Ministerpräsident des Freistaates Thüringen

Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament

Dokumentation einer Rede im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zum CDU-Grundsatzprogramm am 19. April 2007 in Hannover in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitskreis Christlich-demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen

Inhalt:

Editorial.....Seite 7

**Grußwort
Von Elisabeth Heister-Neumann.....Seite 9**

**Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem
Wertefundament
von Dieter Althaus.....Seite 13**

Autoren.....Seite 35

Editorial

Politik ist das Bohren dicker Bretter, um ein geflügeltes Wort von Max Weber aufzugreifen. Freilich: Was für einen Bohrer der Politiker verwendet, um im Bilde zu bleiben, zeigt der Öffentlichkeit auf, von welcher Grundlage aus dieser Politik denkt und dann durchzusetzen versucht. Diese Grundlage offenbart die Überzeugungen, Maßstäbe und Motive, ja macht die Werte sichtbar, die einen Politiker leiten. Und diese Grundlage zeigt uns auch, mit welcher Zielrichtung ein Politiker die Gesellschaft zu führen gedenkt und was für ein Gesellschaftsmodell ihm vorschwebt.

Welche Ziele erreicht werden sollen, wie die Gesellschaft der Zukunft ausgestattet werden soll, ist demzufolge auch Gegenstand heftiger Diskussionen. In diesem prallen Denkmodelle aufeinander, die aus den verschiedenen denkerischen Strömungen hervorgegangen sind - aus unterschiedlichen Zukunftsentwürfen, die auch auf unterschiedlich ausgestalteten Gesellschaften ausgerichtet sind.

In diese Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Staates hat sich ebenfalls der Thüringer Ministerpräsident Althaus eingeschaltet. Für ihn sind die christliche Gesellschaftslehre und die katholische Soziallehre Ausgangspunkt seiner Politikentwürfe, für ihn erschließt sich die Zukunft unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft in dem Rekurs auf die jahrhundertealte jüdisch-christliche Tradition. Eine Politik ohne den Bezug auf den, der "größer ist, als wir", ist für Althaus undenkbar. Sie wäre ansonsten auch nur lediglich ein "Geschäft", wie es Max Horkheimer konstatiert hat - lediglich ein Geschäft ohne Moral und ohne die Hoffnung, dass es bei dem Unrecht, durch das die Welt gekennzeichnet ist, nicht bleibe, dass das Unrecht nicht das

letzte Wort sei.

Und in diesem Bewusstsein, die Letztbegründung seiner Wertvorstellungen in der religiösen Tradition zu führen, entwickelt Ministerpräsident Althaus bezogen auf die Politikbereiche Wirtschaft, Bildung und Familie seine Zukunftsvorstellungen.

L. C. Rilinger

Grußwort
von
Elisabeth Heister-Neumann
Niedersächsische Justizministerin

Ich darf Ihnen die Grüße unseres Ministerpräsidenten Herrn Christian Wulff und der gesamten Landesregierung überbringen. Ich freue mich ganz besonders, dass der Ministerpräsident des schönen Landes Thüringen Dieter Althaus heute nach Niedersachsen gekommen ist, um zu uns über Politik auf einem klaren Wertefundament zu sprechen. Lieber Herr Ministerpräsident, Sie sind bei uns in Niedersachsen immer sehr herzlich willkommen.

Die Welt um uns herum verändert sich in atemberaubendem Tempo: Grenzen fallen weg, Märkte öffnen sich, es bieten sich neue Chancen für Handel und Wirtschaft bei gleichzeitig steigendem Wettbewerb.

Viele Menschen sind aufgrund ihrer Ausbildung und Qualifikation in der Lage, diese neuen Freiheiten positiv für sich zu nutzen.

Andere Menschen hingegen fühlen sich verunsichert und empfinden die globalisierte Welt als Risiko für ihren Arbeitsplatz, ihre Sicherheit und ihre Existenz.

Verantwortliche Politik hat diese Ängste ernst zu nehmen und glaubhaft zu vermitteln, dass die Kompetenz zur Lösung von Zukunftsfragen vorhanden ist.

In diesem Zusammenhang spielt für uns Christdemokraten das christliche Menschenbild eine wichtige Rolle. Aus ihm folgen Grundwerte wie

die Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade in der heutigen Zeit sehnen sich Menschen nach einem verlässlichen „Wertekompass“, der jedweden Handelnden zugrunde liegt und Halt und Orientierung gibt.

Deshalb ist die Grundsatzprogrammdebatte in der CDU von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung. Sie muss gründlich, ernsthaft und entschieden mit dem Ziel der Erledigung eines gesellschaftlichen Leitbildes geführt werden.

Wie wichtig eine solche Orientierungshilfe ist, zeigt sich beispielhaft an der von Frau von der Leyen angeregten und in der Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen, zuletzt gestern Abend in der ARD, sehr lebhaft geführten Diskussion um den Ausbau der Kita-Plätze. Denn auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Erfolgsmodells „Familie“ haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte drastisch verändert:

1. Immer weniger junge Menschen müssen für mehr ältere Menschen aufkommen.
2. Von den Arbeitnehmern erfordert die globale Wirtschaft eine hohe Flexibilität und Mobilität, Mehrgenerationsfamilien an einem Ort sind nur schwer denkbar.
3. Mädchen haben heutzutage glücklicherweise die gleichen Bildungschancen wie Jungen und wollen häufig berufstätig sein, und wir sind auch angesichts der demographischen Entwicklung auf die Frauen als Arbeitnehmerinnen angewiesen.

Letztlich ist es aber die Mischung all dieser Faktoren, die dazu führt, die Entscheidung für die Gründung einer Familie immer weiter hinauszögern und sich im Ergebnis sogar dagegen entscheiden. Mittlerweile werden in Deutschland durchschnittlich nur noch 1,36 Kinder pro Frau geboren. Mit dieser niedrigen Geburtenrate belegen wir weltweit unter 190 Staaten den 185. Platz. Die Frage ist, wie wir in der Politik und als Gesellschaft mit dieser Situation umgehen. Ohne Kinder gibt es für eine Gesellschaft keine Zukunft. Wie können wir unseren „Wertekompass“ so justieren, dass wieder mehr Kinder geboren werden? Welche Orientierungshilfe bietet uns hierbei das christliche Menschenbild? Welche Bedeutung haben Freiheit, Gerechtigkeit, Bildung und Solidarität in diesem Zusammenhang? Fragen über Fragen, die es zu beantworten gilt, um ein gutes Zukunftsbild für unser Land glaubhaft zu beschreiben.

Politik von Menschen für Menschen hat sich dabei an den Lebensentwürfen von Männern und Frauen und selbstverständlich auch an den Bedürfnissen von Kindern orientieren. Deshalb sind Verbesserungen von Kinderbetreuung und die Einführung des Elterngeldes sicher richtige Schritte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Keinesfalls darf sich die Politik jedoch soweit in die Privatsphäre der Menschen einmischen, dass sie einen Lebensentwurf einem anderen gegenüber bevorzugt behandelt, als den einzig wahren vorgibt.

- Vielmehr müssen wir den jungen Menschen die Freiheit geben, ihr persönliches Lebensmodell zu verwirklichen, um sie in unserem Land zu halten.
- Wir müssen auch als Gesellschaft Solidarität gegenüber den jungen Familien beweisen und sie bei ihren Planungen unterstützen.

- Wir müssen hierbei Gerechtigkeit walten lassen und dürfen keinen Lebensentwurf gegenüber einem anderen bevorzugen.

Bei aller Wichtigkeit der Kinder für die demografische Entwicklung und Zukunft unseres Landes liegt mir besonders am Herzen, einmal in unser aller Bewusstsein zu rufen, dass Kinder in erster Linie ein Wert an sich sind. Kinder bereichern unsere Gesellschaft mit ihrer Kreativität, ihrer Spontanität und ihrer Lebensfreude. Kinder aufwachsen zu sehen, ist ein einzigartiges Glück.

Ich bin mir sicher, dass wir als Christdemokraten durch das Aufzeigen von Handlungsmaximen auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes für unsere nachfolgenden Generationen die Rahmenbedingungen schaffen können, selbst die Einzigartigkeit des Lebens mit Kindern zu erfahren.

Über die Zukunft Deutschlands nachzudenken heißt, sich auf die Zukunft Deutschlands zu freuen.

Und freuen Sie sich nun mit mir auf den Vortrag des Herrn Ministerpräsidenten von Thüringen Dieter Althaus.

„Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament“

Dieter Althaus MdL

Ministerpräsident des Freistaates Thüringen

Ich freue mich heute hier zu sein und zu einem Thema zu Ihnen zu sprechen, das, so meine ich, Konjunktur hat. Werte. Die großen Parteien, wie die CSU, CDU und auch die SPD, diskutieren über Grundsatzprogramme. Wir tun dies in der Union bereits zum zweiten Mal nach der Wende. Das zeigt, dass wir als Union besonders in der Tradition stehen, immer eine Grundsatzpartei gewesen zu sein und dies auch zu bleiben, obwohl die praktischen Fragen des Alltags auch pragmatische Lösungen verlangen. Viele sagen, diese pragmatischen Lösungen sind doch gar nicht so sehr von Grundwerten bestimmt. Aus unserer Überzeugung ist das genau umgekehrt: Gerade die pragmatischen Lösungen des Alltags verlangen von den Politikerinnen und Politikern und von jedem Einzelnen in jeder Verantwortungsebene Grundwerte, die er beachtet, Orientierungen, die ihn prägen.

Wenn man die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland betrachtet, kann man heute historisch feststellen, dass diese Grundwerte von der Union manifestiert wurden. Die Union hat entscheidend dazu beigetragen, dass die wesentlichen politischen Entscheidungen der Bundesrepublik von genau diesen Grundwerten geprägt sind. Das hat den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland und im Übrigen auch den Erfolg der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ausgemacht.

Sie wissen, wie oft in der Geschichte der letzten 60 Jahre diese Grundwerte aus dem Blick waren. Die Politik stand in der Gefahr, von Zeit-

geistdiskussionen bestimmt zu werden. Ich erinnere an die Einführung der Marktwirtschaft 1948 durch Ludwig Erhard. Ich erinnere an die erste große Sozialstaatsgesetzgebung 1957 durch Konrad Adenauer, ich erinnere an den Nato-Doppelbeschluss. Helmut Kohl hat am Ende diese wichtige Entscheidung gefällt und Helmut Schmidt hat darüber sein Amt verloren. Ich erinnere an die Beibehaltung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz. SPD und SED haben zusammen in Gera klare Beschlüsse gefasst. Es gab in Deutschland-West, dem freiheitlichen Deutschland, eine breite Stimmung, ein solches Vorgehen nach Jahrzehnten der Trennung zu unterstützen. Es war die Union, die grundsatzgetreu geblieben ist, aus ihren Wertüberzeugungen, also praktische Politik gemacht hat. Das war die Voraussetzung dafür, dass im Herbst 1989 und im Frühling 1990 die Schritte zur Deutschen Einheit gegangen werden konnten. Also, nicht Zeitgeist prägt pragmatische Entscheidungen, sondern Grundwerte müssen pragmatische Entscheidungen prägen. Nach diesen Jahrzehnten der Trennung und auch den fast 17 Jahren der Wiedervereinigung ist dies auch historisch an vielfältigen Stellen zu belegen.

Ich will in vier Stichworten und einem ganz kurzem Resümee das Thema bearbeiten. Natürlich kann ich oft nur stichpunktartig formulieren und würde dann auch in der Diskussion bitten, nachzufragen, weil das Spektrum zu groß ist, um es tiefgründig in allen Details zu erörtern. Aber mir ist es wichtig, die Stichworte zu den großen Themen Wirtschaft, Bildung und Familie zu nennen, weil ich glaube, es sind die zentralen Quellen einer freiheitlichen Gesellschaft.

Im ersten Stichwort lassen Sie mich allgemein etwas zum Wertefundament und zur gesellschaftlichen Orientierung sagen. Haben wir Hoffnung

und auf was gründet sich unsere Hoffnung? Auf was hoffen wir? Hoffnung ist eine Begrifflichkeit, die in unserem Alltag kaum noch eine Rolle spielt, obwohl wir das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Programmatik und unseres Denkens haben. Diese Hoffnung bezieht sich nicht nur auf das Morgen, sondern auch auf die weitere Zukunft und auch die Ewigkeit. Ich denke, diese Art des Hoffens, wie wir es aus dem christlichen Menschenbild heraus adaptieren, hat etwas mit einer großen Gelassenheit zu tun, die Alltagsprobleme aus Grundüberzeugungen heraus zu gestalten. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass nicht alles und jedes von uns persönlich, von uns als Partei, von uns als Politikern abhängt, sondern dass wir auch getragen sind von dem, der größer ist als wir - das auch Gott ein Stück die Schritte lenkt und die Schritte bedenkt. Diese Hoffnung, die für Christen ganz eindeutig definiert ist, muss sich in der Gesellschaft widerspiegeln.

Wer die Hoffnung auf das Übermorgen nicht hat, kümmert sich nur noch um das Heute. Und wer sich nur noch um das Heute kümmert, der übersetzt zum Beispiel so ein wichtiges Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft wie Gemeinwohl lieber mit „mein Wohl“. Er zieht also den Schluss, es geht darum, das ganz kurzfristige Glücksgefühl zu befriedigen, die ganz kurzfristigen Entscheidungen positiv für sich zu gestalten. Daraus ziehen manche den Schluss, dass dafür der Staat, die Politik zuständig ist, diese kurzfristigen Glücksgefühle mit zu organisieren.

Deshalb sollten wir auch wieder über Hoffnung reden und nicht nur über das Heute und Morgen, sondern auch über das Übermorgen, weil sich dadurch auch die Dimensionen zum Beispiel für Familie neu darstellen. Wer bei Familie nur an Heute denkt, der sagt Nein zu Kindern, weil er damit möglicherweise Einschränkungen erfährt, weil Liebe und Hingabe

zu Kindern Zeit erfordert. Da muss man sich verschenken. Da muss man sich Grenzen setzen. Da muss man Zeit und Geduld haben, Liebe aufbringen. Wenn man an Übermorgen denkt, an unsere Kinder, dann spüren wir, wir selbst brauchen diese Liebe auch im Alter und wir sind dann froh, in Generationen aufgehoben zu sein.

Der Generationenvertrag der Bundesrepublik Deutschland ist kein technokratischer Vertrag, sondern einer, der die Generationenfolgen immer wieder aufeinander bezieht, die Alten und die Jungen. Und trotzdem: Die gesellschaftlichen Veränderungen sind dramatisch und fordern uns als Politik, anders als noch in den Jahrzehnten zuvor. Warum sie so dramatisch sind, hängt mit der schnellen Entwicklung der Globalisierung zusammen.

Thomas Friedman, ein großer amerikanischer Publizist und wichtiger Autor der New York Times und mehrfacher Pulitzer-Preisträger, hat ein Buch veröffentlicht, „Die Welt ist flach“, das inzwischen auch in Deutsch erschienen ist. Er beschreibt den Prozess der Globalisierung und er nennt zehn Faktoren für die Dynamik dieses Prozesses. Interessant für einen Amerikaner ist der Faktor Nr. 1: „9. November 1989“. Auch jenseits des Ozeans wurde dieses Datum als zentrales Datum für den letzten großen Schritt der Globalisierung gesehen, weil damit die Grenzen gefallen sind, und die wenigen Länder, die sich noch heute abgrenzen, stehen unter kräftigem Druck. Die übergroße Zahl der Länder, Europa allemal, ist ohne Grenzen und damit auch in einer ganz offenen Entwicklungsphase. Der zweite Faktor bei Friedman ist der „9. August 1995“. Damals begann die digitale Revolution, das Internet. Netscape ging an die Börse und mit World Wide Web ist heute eine gigantische Informationschance vorhanden, aber auch eine ganz neue Herausforderung ver-

bunden. Weltweit können Wissen und Informationen verfügbar gemacht werden.

Diese Veränderungen, verbunden mit der demographischen Veränderung, dem deutlich geringeren Maß an Verantwortung für die Zukunft durch das geringere Ja-Sagen zu Kindern und die damit verbundene Alterung unserer Gesellschaft und das - Gott sei Dank - länger gesünder leben, bringen ganz klare - auch ökonomische - Herausforderungen.

Die Arbeitslosigkeit, die erfreulicherweise in diesen Wochen wieder sinkt, die aber, wenn man die Langzeitstatistik betrachtet, seit 1970 in den Bereichen, in denen schwächer Qualifizierte, weniger Begabte, geringer Motivierte vorhanden sind, ständig steigt, bedrückt uns ebenfalls. Seit einigen Jahren wissen wir, dass die Freiheit auf der einen Seite und die Grenzenlosigkeit auf der anderen Seite eine neue Form des Terrorismus und der Gefahr für unsere Sicherheit mit sich gebracht hat.

Dann kommen als weiterer Punkt noch die gigantischen Chancen durch neue Technologieentwicklungen hinzu. Es stellt sich die Frage, was darf der Mensch alles? Sind alle Technologien, die möglich sind, auch anwendbar, z. B. Bio- und Gentechnologie? Menschenwürde muss beachtet werden, am Anfang des Lebens und im Alter. Oder gehen wir den Weg, den die Niederländer gehen? Stellen wir im Alter die Frage, ist das Leben noch zumutbar? In Wahrheit wird die Frage nicht auf das Alter hin gestellt, sondern auf die Gesellschaft. Ist es uns zumutbar, dieses Leben zu ertragen? Fragen, die gerade Grundsatzdebatten fordern, befördern und beflügeln.

Angesichts dieser Herausforderungen gibt es viele Menschen, die lieber eine Risikovermeidungsstrategie fahren, nämlich so minimal wie möglich betroffen zu sein und so maximal wie möglich das Eigene zu sichern. Es sind aber viel mehr Chancen, die wir ergreifen können und ergreifen müssen, die aber selbstverständlich auch Risiken mit sich bringen. Auf der anderen Seite haben wir sehr erfreuliche Tendenzen. Die Shell-Jugendstudie sagt, dass eine Renaissance der Werte gerade bei jungen Menschen festzustellen ist. Die Erfahrungen beim Evangelischen Kirchentag und auch beim Katholischen Weltjugendtag zeigen, wie viele Menschen wieder nach Werten, nach Orientierung, nach Bindungen suchen. Und auch der Thüringen-Monitor, den wir seit vielen Jahren durch die Universität Jena erstellen lassen, kommt zu einem positiven Fazit, mit einer Kurzformel: Die Jugend ist der Hoffnungsträger der Demokratie.

Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind als Prinzipien universell und umfassend gültig. Daraus ergeben sich die sogenannten Baugesetze Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl. Gerade bei Gefährdung und Unübersichtlichkeit ergibt sich daraus Orientierung und Hoffnung. Die Begründung unserer Politik erfordert diese Wertedebatte. Wir sollten deutlich machen, dass wir als Union nicht aus den Fieberkurven der Demoskopie die politischen Aufgaben ableiten, sondern eben aus den Grundüberzeugungen.

Joseph Ratzinger, unser Papst, der in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, hat im Jahr 2005 formuliert:

„Die Politik ist das Reich der Vernunft und zwar einer nicht bloß technisch kalkulatorischen, sondern der moralischen Vernunft, da

das Staatsziel und so das letzte Ziel aller Politik moralischer Natur ist, nämlich Friede und Gerechtigkeit“.

Daraus folgt:

Auch das Politische hat eine klare Aufgabe: Friede und Gerechtigkeit ist damit einer moralischen Zielstellung verpflichtet.

Wir haben als Union in der Grundsatzdebatte klare Orientierungspunkte, die ich noch einmal kurz nennen möchte. Sie folgen der Christlichen Gesellschaftslehre und der Katholischen Soziallehre. Wir sind fest davon überzeugt, dass immer der Mensch Ausgangspunkt, Ziel und Träger aller gesellschaftlichen Einrichtungen und allen gesellschaftlichen Tuns ist. Daraus ergeben sich auch die wichtigen Prinzipien. Erstens: Würde des Menschen. Unabhängig von jeder individuellen Situation ist diese Würde unantastbar (Artikel 1 unseres Grundgesetzes). Zweitens die Freiheit, die einer Grundorientierung für unsere Gesellschaft darstellen muss und drittens die vom Papst erwähnte Gerechtigkeit. Daraus entwickeln wir seit den späten 40-er Jahren unsere Ordnungsprinzipien: Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl. Jetzt kommt es darauf an, zu hinterfragen, was heißt Solidarität zum Beispiel ganz konkret bei den sozialen Sicherungssystemen, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft? Die Gesellschaft soll sich fest zusammenfügen können. Das heißt, es muss Verlässlichkeiten geben, und diese Verlässlichkeit heißt: Keiner ist in Not. Und wenn keiner in Not ist, heißt es auch, wir müssen jeden befähigen, sich selbst zu helfen. Dort, wo die Befähigung nicht ausreichend genutzt werden kann, müssen wir in der Lage sein, diese Not zu sehen und sie zu lindern, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Heilige Martin hat seinen Mantel geteilt, aber er hat ganz sicher wieder einen neuen Mantel

erarbeitet, weil sonst die Solidarität beim zweiten Bettler zu Ende gewesen wäre. Das heißt, die Gesellschaft muss zum zweiten die subsidiären Kräfte stabilisieren und auch immer wieder motivieren. Das heißt, die Subsidiarität, die Verantwortung, die Eigenverantwortung, die Gruppenverantwortung ist das Pendant zur Solidarität. Diese Hilfe aus der eigenen Stellung heraus, fordert vor allem die untere Ebene. Die Union ist aufgefordert, die untere Ebene zu stärken. Hier werden die primären Sozialbeziehungen gelebt, in der Familie, in Unternehmen, in der Kommune. Wir sind allzu sehr geneigt, sofort die mittlere Ebene anzusprechen, die organisierte Ebene der Verbände und Gewerkschaften. Und wir sind sehr gern dabei, die obere Ebene anzusprechen, die übergreifenden Institutionen, den Staat, die Sozialversicherungssysteme. Nein, wir müssen, wenn es um Subsidiarität geht, zuerst auf der unteren Ebene anfangen, Verantwortung zu tragen – das ist gewonnene Lebenserfahrung unserer Vorfahren. Zuerst ist die Hilfe vor Ort gefragt, bevor andere Hilfe gesucht wird.

Der Bundespräsident sagte in seiner Rede im April vor knapp drei Jahren: „Der Staat ist nicht dafür da, den einmal erworbenen Lebensstandard zu sichern.“ Das heißt, dafür ist jeder selbst verantwortlich. Der Staat ist dafür da, Solidarität zu leisten, dass keiner in Not kommt und dass er prinzipielle Zugänge zu Gütern dieser Gesellschaft hat.

Die Frage des Gemeinwohls, kann leicht totalitär instrumentalisiert werden. Unser Begriff von Gemeinwohl geht davon aus, dass wir auf das Mitsein angewiesen sind. Wir sind nicht nur Individualnatur, sondern Sozialnatur und wir müssen in der Lage sein, dieses Mitsein gestalterisch zu erfassen. Dafür sind Werte, Tugenden und die Institutionen einer Gesellschaft wichtig, zum Beispiel der demokratische Aufbau unseres Staates.

tes. Das ermöglicht dauerhaftes Mitsein und deshalb muss jeder dafür Verantwortung tragen, dieses Mitsein, dieses Gemeinwohl zu sichern. Wir dürfen keine korporatistische Gesellschaft sein, die Gruppen bildet, in der man das Gemeinwohl sichert. In der Christlichen Gesellschaftslehre leitet sich aus diesen Prinzipien das Ordnungsgefüge der Gesellschaft ab, das sich auch in unserem Grundsatzprogramm abbildet. Die Grundlage in diesem Ordnungsgefüge stellen Ehe und Familie dar. Das steht nicht nur im Grundgesetz Artikel 6, sondern ist auch nachzulesen unter anderem bei Kardinal Höpfner.

Als nächstes kommen Bildung, Arbeit und Beruf. Das heißt, die individuellen Fähigkeiten entwickeln und die Kräfte der Wirtschaft stärken. Dann kommt der Staat und danach die internationale Verantwortung, die Völkergemeinschaft. Dieses Ordnungsgefüge müssen wir erhalten. Wenn wir z. B. an die Stelle der Familie die Gesellschaft setzen, dann entziehen wir nicht nur der Familie die Authentizität und die Grundlegung der Gesellschaft, sondern wir überfordern die Gesellschaft. Die Familie ist die einzige Institution, die es auch im letzten Jahrhundert geschafft hat, die großen Schwierigkeiten einer Gesellschaft mit Auf- und Niedergang, mit schweren Verwerfungen, mit vielen Verletzungen zu überstehen und neue Perspektiven zu schaffen. Deshalb ist es richtig, bei Betreuungsangeboten Optionen zu haben. Die Entscheidung liegt jedoch in der Familie.

Das zweite Stichwort nach den grundlegenden Orientierungen beschäftigt sich mit der Wirtschaft. Die Wirtschaft muss florieren, damit sich die Gesellschaft entsprechend entwickeln kann. Die Grundlage des Erfolges Deutschlands ist erarbeitet worden mit der mutigen Entscheidung Ludwig Erhards am 20. Juli 1948 - der Währungsreform. Der Chef der Bi-Zone

hat aus seiner Erfahrung als Volkswirt, nicht nur die Währungsreform im Auftrag der amerikanischen Besatzung umgesetzt, sondern gleichzeitig die Bewirtschaftung der Produkte abgeschafft und so die Marktwirtschaft etabliert. Am 21. Juli wurde Erhard zu Lucius Clay, dem amerikanischen Befehlshaber, geladen und zur Rede gestellt, warum er Regeln geändert hätte. Die Antwort von Erhard war: „Ich habe sie nicht geändert, ich habe sie abgeschafft.“ Lucius Clay erwiderte, seine Fachleute hätten gesagt, angesichts von Not und Mangel wäre das falsch. Man müsse das Wenige, was da ist, gut verteilen. Die Antwort von Erhard: „Das sagen meine Fachleute auch.“ Aber er meinte natürlich die Fachleute in der Verwaltung und nicht die der „Freiburger Schule“.

Damals begann, was Sie alle kennen, der Anfang des Wirtschaftswunders. Das war der Startpunkt einer dynamischen mittelständischen Wirtschaft in Deutschland. Man könnte viele Beispiele von Unternehmen nennen, die damals klein gestartet sind, mit zwei Personen, und die heute weltweit operieren. Würth ist eine der großen Firmen. Angefangen als Schraubenhandlung mit zwei Personen, heute mit 54.000 Mitarbeitern. Die Freiburger Schule hatte einen ordoliberalen Ansatz gewählt, der heute häufig in Misskredit kommt und unter Neoliberalismus abgetan wird. Ich weiß nicht, was an neoliberal falsch sein soll. Eine Belebung des Freiheitsgedanken kann nicht falsch sein. Er will, dass der Staat seine Aufgaben übernimmt, aber dass jeder Einzelne auch seine Aufgaben übernehmen kann, dass es Privateigentum gibt und der Staat dafür sorgt, dass Geldwertstabilität, ein vernünftiges Preissystem, ein vernünftiger Marktzutritt existiert und vernünftige Wirtschaftsbeziehungen bestehen, das heißt, keine Kartellbildung erfolgt. Alle anderen Aufgaben sind Sache des Marktes, dort bilden sich die Preise, dort bilden sich auch die Beziehungen. Im Übrigen: Wer glaubt, dass das die Zustimmung der

Mehrheit der politischen Mitdiskutanten zu dieser Zeit war, der irrt. Kurt Schumacher hat gesagt: „Ein dicker Propagandaballon des Unternehmertums, gefüllt mit den Abgasen des verwesenden Liberalismus.“ Der erste große und letzte große Generalstreik der Bundesrepublik Deutschland wurde damals vom DGB-Vorsitzenden am 12. November 1948 in Deutschland organisiert. Natürlich müssen erst einmal, wenn ein Markt eröffnet wird, Marktprinzipien entstehen. Diese mutige Entscheidung Ludwig Erhards war der Schlüssel für die Erfolgsgeschichte Deutschlands. Auf dieser Erfolgsgeschichte konnte Deutschland 1952 das Betriebsverfassungsgesetz verabschieden und 1957 die erste große Sozialstaatsreform mit der Einführung der dynamischen Rente etablieren.

Ich will jetzt nicht die weiteren Schritte nennen. Dann müsste ich ein paar Tiefen und Fehler beim weiteren Prozesses benennen, dafür ist heute zu schönes Wetter. Wenn es uns plötzlich zu gut geht, ist der Staat immer geneigt, stärker einzugreifen, Zyklen zu steuern, um konjunkturelle Wellen zu glätten. Das ist ein edler Versuch. Er wird aber nicht dauerhaft gelingen, und schon gar nicht unter globalen Verhältnissen. Wir sind in den späten 60-er Jahren plötzlich in eine viel zu starke Entwicklung der Organisation von Wirtschaft hineingegangen. Das war ein Fehler. Sie können die fatalen Ergebnisse an der Arbeitslosenstatistik nachvollziehen. Anfang der 70-er Jahre begann die Arbeitslosigkeit in Deutschland, und die Sockelarbeitslosigkeit stieg von da an kontinuierlich.

Wenn man einmal über die ökonomischen Resultate hinaus versucht zu verteilen, überfordert man den Staat auf Dauer. Subventionen kann man in aller Regel nicht nur für ein Jahr bestimmen, sondern sie werden dauerhaft erwartet. Das ist dann ein Vertrag, der nicht mehr geschrieben werden muss. Es gibt eine Erwartungshaltung, die der Politik gegenüber

entsteht, und die Politik wird in aller Regel auch folgen, weil sie die nächsten Wahlen im Blick hat.

Deshalb sind die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Profitabilität und Leistungsfähigkeit der Gesellschaft im Kulturellen, Sozialen, bei der Bildung etc. von eminenter Bedeutung. Der erhard'sche einfache Satz ist bis heute gültig: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ Das heißt, die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Die eigentlichen Ziele sind andere, aber die Wirtschaft ist die Quelle. Das ist eine der zentralen Botschaften. Unsere Werte, unser Freiheitsbegriff, zum Beispiel Privateigentum und Beziehungen auf dem Markt hängen davon ab und sie korrespondieren mit unserer Vorstellung von Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl.

Ein Fehler war natürlich, dass das Rentensystem in der Auszahlung an die Lohnentwicklung angekoppelt wurde. Damit wurde das Rentensystem gespeist aus Sozialversicherungsbeiträgen, die in der Auszahlung an Tarifentwicklungen angekoppelt sind. Man konnte diese beiden Systeme nicht mehr voneinander getrennt organisieren. Sie sind verquickt. Die Konsequenzen sind klar: Heute finanzieren wir etwa ein Drittel unseres Rentensystems über Steuern. Die Anfänge sind 1957 gelegt worden. Wir müssen jetzt – und das ist ja auch unser Vorhaben in der Union – in den nächsten Jahren diese Systeme wieder reformieren, um wieder zu zukunftsfesten Sicherungen zu kommen. Unsere Kinder haben ein Recht darauf zu wissen, dass in 30 oder 40 Jahren die Systeme stabil sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir Grundwerte, von denen wir überzeugt sind, in der Ordnungspolitik beachten. Diese wertorientierte Ordnungspolitik können wir keiner anderen Partei in Deutschland überlassen. Alle anderen Parteien haben nicht diese grundsätzlichen ordnungspolitischen

Überzeugungen. Sie waren immer stärker staatlich oder am Klientel orientiert. Und selbst wenn wir meinten, es ginge doch ganz gut. In der globalisierten Welt, ohne Grenzen funktioniert das nicht mehr. Sie als Kunden schauen auch nicht mehr danach, wo und wie produziert wird, sondern Sie schauen auf Preis und Qualität. Es gibt kaum einen nationalen Stolz beim Einkauf. Kunden entscheiden globalisiert, in der Haushalts-elektronik, beim Auto usw. In den vergangenen 15 Jahren steigerte sich der Importanteil unserer Produkte um über 15 Prozent. Inzwischen sind es durchschnittlich 50 Prozent. Das war in den 50-er, 60-er Jahren anders. Da wurde der Fernseher von Grundig auch noch in Deutschland produziert – von A bis Z. Die Globalisierung ist jedoch ein großes Glück, weil dadurch die Preise fallen und mehr Menschen in mehr Ländern am Erfolg partizipieren. Deshalb müssen wir diese ordnungs- und strukturpolitische klare Ausrichtung der Union auch beibehalten. Gerade im Zeitalter der Globalisierung.

Auch unser Einsatz für Technologieentwicklung ist wichtig, weil wir als Wohlstands- und Sozialstaatsstandort wissen, dass die Technologie eine der entscheidenden Treiber für den Erfolg der Wirtschaft ist. In diesen Tagen der Hannover-Messe passt das natürlich exzellent. Bei der Wirtschaft gibt es eine zweite wichtige, eine personale Dimension. Sie muss wieder bedeutender werden. Es kommt auf die Führung an. Wenn ich in Thüringen die Wirtschafts- und Technologiesgeschichte anschau, schau ich nach Jena. Die drei großen Männer: Zeiss, Schott und Abbé haben Anfang des letzten Jahrhunderts nicht nur Produkte entwickelt und erfolgreich gewirtschaftet, sondern sie haben an den Erfolg des ganzen Unternehmens und der ganzen Stadt gedacht und haben die „Arbeiter“ (damals hieß es noch Arbeiter) im Blick gehabt. Das war ein ganz selbstverständliches Miteinander, weil sie wussten, dass der Erfolg

des Unternehmens auch von der Klugheit und Motiviertheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängt. Deswegen kommt es auf Haltungen an. Wie bei der Familie auch, geht es bei Unternehmen um die Vorbildfrage. Deshalb geht es auch um kardinale Tugenden wie Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung. Das muss man erfahren beim Chef, beim Kleinen wie beim Großen im alltäglichen Leben. Genauso geht es auch um Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Pflichtbewusstsein, Höflichkeit und Treue. Von manchen politischen Mitstreitern häufig als Sekundärtugenden abgetan.

Es gibt eine interessante Überlegung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), die ich Ihnen kurz nennen möchte: 10 Gebote für Unternehmer. Man hat die 10 Gebote, die wir als Christen kennen, übersetzt auf das Unternehmertum. Was heißt zum Beispiel: „Ich bin dein Herr, dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben mir haben.“ Das wird so übersetzt: „Spiel dich nicht als Herrgott auf und halte dich nicht für allwissend, sondern höre auf dein Gewissen und auf deine Mitarbeiter, sei kritisch dem Zeitgeist gegenüber und orientiere dich an bleibenden Werten.“ So sind alle 10 Gebote neu beschrieben, Wolfgang Oppenfels hat diese Arbeit geleistet.

Der IBM-Gründer Thomas Watson hat es so formuliert:

„Betrachten Sie irgendein großes Unternehmen, eines, das lange Zeit Bestand hat. Ich glaube, Sie werden feststellen, dass es seine Überlebenskraft nicht seiner Organisationsform oder seinem Verwaltungsgeschick verdankt, sondern der Macht sogenannter Überzeugungen, Werte und dem Anklang, die diese Überzeugungen bei den Menschen im Unternehmen finden.“

Das gilt für ein Handwerksunternehmen wie für große Unternehmen. Das heißt, Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, auch den Rahmen so zu spannen, dass die Werte lebendig gestalten werden.

Ich möchte das dritte Stichwort aufgreifen: Bildung. Bildung erfordert natürlich eine sehr umfassende Betrachtungsweise, Bildung lässt sich nicht nur auf Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Berufsbildende Schulen, Universitäten reduzieren. Bildung und Erziehung haben etwas mit der ganz grundsätzlichen personalen und sozialen Ausprägung zu tun und treffen deshalb auch auf die Familien und auf jeden Einzelnen zu. Jeder hat Talente, Fähigkeiten, Fertigkeiten. Es geht bei Bildung nie darum, den Neuen Menschen zu schaffen. Das haben die DDR und der Kommunismus vorgehabt. Sie wollten eine neue Menschheitsidee als Ideologie umsetzen und dahin sollte sich jeder entwickeln. Nicht die individuellen Voraussetzungen sollten den Weg bestimmen, sondern die Ideologie bestimmte den Weg. Freiheitliche Bildung und Erziehung nimmt den Einzelnen ernst. Er steht im Mittelpunkt. Es geht um die Frage: Wie kann man Sachkompetenz und Methodenkompetenz, soziale und personale Kompetenz entwickeln.

Individuelle Lernkompetenz auszuprägen, erfordert Differenzierungsprozesse. Das beginnt in der Familie mit Liebe und Zuneigung. Das gilt auch für Schule und weitere Bildungsinstitutionen. Wenn jemand unterrichtet oder lehrt, dann muss er zuallererst offen und mit Liebe auf diejenigen zugehen, für die er Verantwortung trägt. Auch da gilt, neben allem notwendigen Fachwissen eine spürbare personale Beziehung. Dabei ist das Vorbild entscheidend für den Erfolg eines solchen Weges. Diese Differenzierung ist auch deshalb notwendig, weil die Stärken der Gesell-

schaft aus den Stärken der Individualität herauswachsen. Die Leistungsstarken unserer Gesellschaft sind eine große Chance für die Gesellschaft. Deshalb ist Elite kein Unwort. Es ist eine der zentralen Aufgaben, Elitebildung zu fördern. Auch so nehmen wir die Menschenwürde ernst. So nutzen wir unsere Chance in Freiheit, um beispielsweise die solidarischen Kräfte der Gesellschaft zu stärken.

Die Gleichmachergesellschaft oder die Neidgesellschaft entwickeln nicht die Stärken, sondern nivellieren sie. Die Aufgabe in der Politik ist es, Bildung nicht in einem theoretischen Raum zu definieren, sondern die Person zu sehen und durch eine geeignete Struktur und klare Leistungsdifferenzierung maximale Erfolge zu entwickeln. So erfüllen wir auch die zentrale Aufgabe nach Gerechtigkeit. Gerechtigkeit darf man nicht mit Gleichheit verwechseln. Im Gegenteil. Wenn man Gleichheit als Ziel definiert, erntet man maximale Ungleichheit. Wir müssen Stärken fördern, damit für Schwächere die Chancen wachsen. Außerdem ist es wichtig, dass man auf dem individuellen Weg möglichst viele Optionen offen hält. Da bietet unsere differenzierte Bildungs- und Hochschullandschaft, gerade von der Union gestaltet, beste Voraussetzungen.

Wenn wir in Deutschland immer wieder, z. B. vom UNESCO Beauftragten, pauschal kritisiert werden, dann wird verkannt, dass wir kein nationales Bildungssystem haben. Auch hier ist Differenzierung angesagt. Zum ersten: Es ist im Großfeldversuch nachgewiesen, dass die Länder, die über Jahrzehnte eine klar am Menschen orientierte differenzierte Bildungspolitik durchgeführt haben, eine erfolgreichere Wirtschafts- Technologie- und Arbeitsmarktpolitik haben. Beispiele: Baden-Württemberg und Bayern. Wer nach dem Krieg diese beiden Länder anschaut, weiß, wie strukturschwach sie damals waren. Nur die klare bil-

dungspolitische Ausrichtung und nicht die Wendung und Wandlung der 68-er haben dazu geführt, dass über diese lange Zeit die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert wurde. Zum zweiten verkennt dieser UNESCO-Beauftragte, dass wir in Deutschland, anders als in anderen Ländern, kein starkes Privatschulwesen haben, das die Eliten der Gesellschaft zusätzlich bildet. In Deutschland gehen nur etwa 10 Prozent der Schüler auf Privatschulen. In Frankreich und vielen anderen Industriestaaten sind es 40 Prozent. In der ganzen Welt gibt es neben dem öffentlichen Schulwesen ein stark differenzierendes Privatschulwesen, das dann auch sozial selektiv wirkt. Bei uns hat die öffentliche Schule auch diese Differenzierungsverantwortung wahrzunehmen. Dass die Genossen immer nach einer nationalen Berliner Zuständigkeit rufen, hat nur einen einzigen Grund, die eigenen Fehler nicht zu bekennen. Sie rufen lieber nach einer neuen Zuständigkeit, das ist die einfachste Möglichkeit, Probleme zu lösen, neue Strukturen herbeizurufen, statt sich zu bemühen, die eigenen Strukturen so zu verändern, dass sich Leistungsfähigkeit ausbildet. Deshalb bin ich dankbar, dass die CDU in Niedersachsen sehr konsequent Bildung und Hochschule durch die Förderung der Leistungsfähigkeit gestaltet. Auch in den neuen Ländern beweisen Sachsen und Thüringen, dass sie durch eine leistungsfähige Bildungspolitik wirtschaftlich erfolgreicher sind. Diese Statistik können Sie übrigens bei den PISA-Ergebnissen nachlesen oder Sie schauen die Wirtschafts- und Technologiestatistiken an.

Lassen Sie mich den dritten Punkt ansprechen: Familie. Ich möchte einmal einen Satz zitieren, den der heutige Papst noch als Kardinal Ratzinger geschrieben hat, wenige Wochen vor seiner Wahl:

„Die Zuversicht in die Zukunft ist auf eine sonderbare Weise abhanden gekommen. Die Kinder, die doch unsere Zukunft sind, werden als Bedrohung der Gegenwart, als Einschränkung unserer Lebensqualität angesehen. In ihnen sieht man nicht die Hoffnungsträger, sondern eine Last für die Gegenwart. Der Vergleich mit dem verfallenen Römischen Reich drängt sich auf. Der geschichtliche Rahmen funktionierte noch, als es bereits von denjenigen lebte, die seinen Verfall herbeiführen würden, weil es eine Vitalität eingebüßt hat.“

Der Aufsatz „Europa ist krank“ beschäftigt sich nicht mit Deutschland sondern mit Europa, weil es ja nicht nur ein deutsches Phänomen ist, sondern auch ein europäisches Phänomen. Die Krankheit Europas, die der Papst hier beschreibt, macht er an zwei zentralen Punkten fest: Erstens an der Zukunftslosigkeit im Blick auf das nicht mehr ausreichende Ja-Sagen zu Kindern. und zweitens beklagt er die geistige Verwahrlosung Europas, weil wir die christlich-jüdischen Fundamente, die über Jahrhunderte geprägt worden sind und geprägt haben, zunehmend aufgeben. Zum Vergleich: In anderen Teilen unserer Welt laufen genau die umgekehrten Prozesse ab. Es gibt dort neue geistige Spiritualität und ein neues Bewusstsein für Kinder. Wir führen in Deutschland Gott sei Dank wieder eine Familiendebatte. Familie ist kein Begriff für das Soziale, sondern Familie ist der Begriff für das, was Gesellschaft ausmacht. Ich sagte schon, im Ordnungsgefüge der Gesellschaft stehen Familie und Ehe im Ausgangspunkt. Deshalb sollten wir den Artikel 6 unseres Grundgesetzes nicht nur als Deklaration verstehen, sondern als Leitplanken, zwischen denen wir uns bewegen. Es heißt im Grundgesetz: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Das verbietet nicht, dass wir andere Lebensformen ebenfalls

wertschätzen, aber es zeigt auch, wo die Priorität ist. Und diese Priorität entspricht auch einer sehr langen Lebenserfahrung.

Ich weiß, dass es heute Familien in Bedrohung gibt, ich weiß, dass es oft kritische Phasen gibt. Die politische Aufgabe ist wahrzunehmen, auf der einen Seite Angebote zu organisieren, damit junge Frauen, die gut ausgebildet sind, ihre Option für Beruf und für Familie wahrnehmen können und auf der anderen Seite die Entscheidungsfreiheit in der Familie zu belassen. Das heißt, zum Beispiel auch frühzeitig Hilfen zu leisten, berufliche Integration wieder zu organisieren. Da ist nicht nur der Staat gefragt. Da sind vor allem auch die Wirtschaft und die Gesellschaft gefragt. Natürlich gibt es heute moderne Möglichkeiten, um stärkere Integration durchzuführen. Das heißt auch, wenn es um Familie geht, die Gesamtfamilie wieder in den Blick zu nehmen. Sie kennen das Projekt der Mehrgenerationenhäuser, man will die Jahrhunderte lang bewährte Form wieder stärker organisieren. Damit Generationen verstärkt miteinander umgehen. Wir haben nicht zu wenig Junge oder Alte, sondern wir haben schlicht zu wenig Mut, diese ganz normale Bindungsfähigkeit in den Alltag wieder hinein zu übersetzen. Das hat viel damit zu tun, dass wir selbst auch unsere Vorbildfunktion zu wenig wahrnehmen. In der Gesellschaft ist allgemein der Tenor verbreitet, in einer schwierigen Zeit kann man nicht Ja-Sagen zu Kindern. Wer weiß, was in der Zukunft ist. Ich kann mir schon vorstellen, dass meine Großeltern und Eltern sagen würden: Zu keiner Zeit hatten Kinder eine so optimale Möglichkeit, sich zu entwickeln wie heute.

Die Freiheit bietet einen ausgezeichneten Rahmen für umfassende Entfaltungschancen, wir müssen sie auch nutzen, auch für Bindungen. Darauf baut unser Grundwert Gemeinwohl im Besonderen auf. Dann es geht

darum, dafür Sorge zu tragen, dass Zukunft gestaltet werden kann. Gesetze schreiben reicht nicht, sondern wir müssen auch Ja-Sagen zur nächsten Generation. Diese liebende Hingabe fordert auch Abgabe, fordert auch Einschränkungen und das bringt Glück und Freude. Jeder Vater und jede Mutter kann das aus eigenem Erleben bestätigen. Ich habe Kinder, die an mich denken, wenn ich alt bin, wenn ich krank werde, wenn ich nicht mehr da bin. Das ist ein sehr beglückendes und auch befreiendes Gefühl. Es gibt kein Land in der Welt, das derzeit beweist, dass exzellente Gesetze und Wohlstand als Zukunftsvorsorge ausreichen. Es geht um die Stimmungsverfasstheit unserer Gesellschaft. Deshalb ist es richtig, Veränderungen zu gestalten, Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, aber auch die Familie in ihrem Urbestand zu fördern und zu stärken. Abtreibung scheint inzwischen für viele eine Normalität zu sein, auch noch rechtlich durch den Paragraf 218 gestützt. Hier wird auch dieser Paragraf falsch ausgelegt. Die Mutter wird im Falle der Abtreibung straffrei gestellt.

Auch dieses Beispiel macht deutlich, wir brauchen eine Stärkung der Familie, Zuwendung, Bindung und Liebe schafft Zukunftsgewissheit. Daraus ergibt sich Hoffnung, von der ich am Anfang des Vortrags ausgegangen bin.

Die Politik, die ohne ein klares Wertefundament agiert, die nur versucht, im Alltag pragmatische Lösungen, möglicherweise auch populäre Lösungen, die dem Zeitgeist oder der Fieberkurve der Demoskopie entsprechen, wird nicht zukunftsfähig sein. Am Ende wird der Demokratie Schaden zugefügt. Denn unsere Demokratie lebt von dauerhafter Akzeptanz und von dauerhaftem Vertrauen. Fritz Stern spricht von der Notwendigkeit des „Systemvertrauens“. Dieses Systemvertrauen entwickelt

sich nicht in zwei, drei Jahren, sondern über eine lange Zeit. Es hat sich nach dem Krieg entwickelt aufgrund der Erfahrungen mit dem wachsenden Land, mit dem Wohlstand, dem Sozialstaat, der sich entwickelt hat. Es hat sich in den neuen Ländern mit der Wiedervereinigung entwickelt. Dieses Vertrauen ist wichtig, damit die Demokratie mit ihren Institutionen handeln kann, gestärkt und auch unterstützt wird.

Deshalb bin ich dankbar – und damit will ich schließen – dass die evangelischen und die katholischen Bischöfe vor Weihnachten ein Heft mit dem Titel „Demokratie braucht Tugenden“ herausbrachten. Das passt zur Programmdiskussion der Union. Dort sagen sie:

„Unser demokratisches Gemeinwesen steht vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen sind. Erschüttert ist die Vorstellung, alle Einzelinteressen fügten sich harmonisch zum Gemeinwohl, überließe man sie nur der unsichtbaren Hand des Marktes und der sichtbaren Hand des Staates. Seit Jahren wird intensiv diskutiert ist, was zu tun ist. Mit kleinen Schritten und gelegentlichen Appellen an den Patriotismus sind die heute notwendigen Veränderungen nicht zu erreichen. Die Verantwortung dafür wird freilich immer anderen zugewiesen, vorzugsweise der Politik. Es fehlt die Einsicht, dass für die Handlungs- und die Leistungsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens naturgemäß alle verantwortlich sind. Demokratische Institutionen können auf Dauer ihre Funktion nur erfüllen, wenn die politisch Handelnden Grundhaltungen erkennen lassen, also Werte, die über diese Strategieregeln des Erwerbs unter Erhalt von Macht und Einfluss hinausgehen. Demokratische Situationen sind zugleich nur lebensfähig,

wenn alle Bürgerinnen und Bürger sich für diese Institution mit verantwortlich wissen. Die Demokratie braucht Tugenden.“

Diese Tugend meint die heutige Ethik, die wir als Grundwerte bezeichnen. Die heutige Ethik hat die Bedeutung der Tugend in der klassischen Philosophie weiter entwickelt. Gemeint sind sowohl die Werte, die ethischen Prinzipien, wie auch die Normen und Pflichten. Gefragt sind aber vor allem die moralischen Akteure, also jeder von uns. Jeder von uns ist herausgefordert. Deshalb freue ich mich auch, dass wir als Union in dieser Grundsatzdiskussion nicht nur eine aktuelle Diskussion verstehen, sondern wir führen eine Wertediskussion. Der Weg der Union ist seit 1946 immer auf Werte bezogen. Erhalten wir uns diese Überzeugungen – unser christliche Menschenbild.

Autoren:

Elisabeth Heister-Neumann

- Studium der Rechtswissenschaften in Bonn
- Leiterin der Kommunalaufsicht im Regierungspräsidium Magdeburg
- 1992 - 2003 Stadtdirektorin in Helmstedt
- Mitglied im Präsidium des Niedersächsischen Städtetages
- Seit 4. März 2003 Niedersächsische Justizministerin
- Mitglied des Bundesrates
- Stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen

Dieter Althaus MdL

- 1979 - 1983 Lehramtsstudium Physik/Mathematik an der PH Erfurt
- 1983 - 1989 Lehrer an der POS Geismar
- seit 1987 Stellvertretender Direktor
- Jan-Okt. 1990 Kreisschulrat des Landkreises Heiligenstadt
- Mai - Okt. 1990 Dezernent für Schule, Jugend Kultur und Sport im Landkreis Heiligenstadt
- Febr. 1992 - Okt. 1999 Thüringer Kultusminister
- seit 5. Juni 2003 Thüringer Ministerpräsident
- Nov. 2003 - 31. Okt. 2004 Präsident des Bundesrates
- Okt. 1999 - 5. Juni 2003 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
- seit 2000 Mitglied im CDU Bundesvorstand
- seit Nov. 2000 der CDU Thüringen

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 1 **Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung**
Christian Wulff MdL, Dr. Wolfgang Knippel, Lothar Rilinger,
Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten MdB, Albrecht Wendenburg:
- 2 **Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“**
Christian Wulff MdL, Senator Ralf H. Borttscheller MdBB, Gabriele Erpenbeck,
Prof. Dr. Axel Frhr. v. Campenhausen, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein, Lothar Rilinger:
- 3 **Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidungen ohne Wirkung?**
Bernd Busemann MdL
- 4 **Steuern. 21 Thesen zur Steuerpolitik in Deutschland**
Friedrich Merz MdB
- 5 **Sozialstaat 21- Sicherheit und Verantwortung**
Christian Wulff MdL
- 6 **Die Einheit Deutschlands - Erfahrungen und Prognosen**
Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL
- 7 **Neuorientierung in der Strafvollzugspolitik. Kann Privatisierung nützlich sein?**
Minister Dr. Christean Wagner MdL
- 8 **Gesetzliche Rentenversicherung im Umbruch
Ausgangsbedingungen, Reformversuche, Anpassungsmaßstäbe**
Dr. jur. Günther Schneider
- 9 **Die Justiz als Standortfaktor in einem sich erweiternden Europa**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter
- 10 **Thesen zur Kriminalpolitik.**
Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, Adolf Stange
- 11 **Die Zukunft der EU**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter, Dr. Norbert Röttgen MdB
- 12 **Zuwanderung Begrenzen – Integration fördern. Zwei Reden zu einer umstrittenen Frage**
Ministerpräsident Peter Müller
- 13 **Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Öffnung der Ostgrenzen und im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung**
Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern
- 15 **Wohin steuert die EU?**
Prof. Dr. Hans-Gert Poettering MdEP
- 16 **Europapolitische Aspekte nach der deutschen Bundestagswahl**
Christian Wulff MdL
- 17 **Der EU- Ausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Wahlperiode**
Dr. Friedbert Pflüger MdB

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 21 Aktueller Diskussionsstand zum Zuwanderungsgesetz**
Minister Uwe Schönemann MdL
- 22 Aufbruch oder Stillstand - Wie kommt die Wirtschaft in Deutschland wieder in Fahrt?**
Dr. Jürgen Großmann
- 23 Justizpolitik aus Thüringer Sicht**
Minister Harald Schliemann
- 24 Dr. Ernst Albrecht - Reden anlässlich seines 75. Geburtstages**
Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 25 Halbzeitbilanz: Niedersachsen - solide finanziert**
Minister Hartmut Möllring MdL; Mit einem Grußwort von Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 26 Europäischer Auftrag und nationale Interessen**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 27 Viel erreicht - viel zu tun. Drei Jahre CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen**
David McAllister MdL
- 28 Justizreform: Mehr Effizienz und Transparenz**
Minister Harald Schliemann, Ministerin Elisabeth Heister-Neumann, Dr. Jürgen Gehb MdB, Karl-Helge Hupka, Dr. Ulrich Scharf
- 29 Das Attentat vom 20. Juli 1944**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend
- 30 Gerechte Strafe – verantwortlicher Vollzug**
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann

1. Auflage 2007

Diese Dokumentationen können bezogen werden von der

CDU in Niedersachsen
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
Tel. 0511-27991-41
Fax 0511-27991-42
E-mail: lacdj@cdu-niedersachsen.de